

Nachts 1°, tagsüber 9°



Es bleibt stark bewölkt **Bunte Seite**

Alexander Zverev
Für den Tennisspieler sind die ATP Finals vorbei **Sport**



Gentleman
Ein Reggae-Album auf Deutsch **Magazin**



Jülicher Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Samstag, 21. November 2020 · 76. Jahrgang · Nummer 273

www.an-online.de

2,00 Euro

Fall Verstappen: Mehr als zwölf Jahre Haft

MAASTRICHT Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem gewaltsamen Tod des niederländischen Jungen Nicky Verstappen hat das Strafgericht in Maastricht den Angeklagten zu zwölfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Jos B. habe das damals elfjährige Kind im Jahr 1998 sexuell missbraucht und den Tod verursacht, urteilte das Gericht. B. wurde zwar vom Vorwurf des Totschlags freigesprochen, das Gericht machte ihn aber verantwortlich, da die Gewalt beim Missbrauch zum Tod des Jungen geführt habe. Es wird erwartet, dass die Verteidigung Berufung einlegt. (dpa) **> Region & NRW**

Corona: Kommt Impfstoff schneller als gedacht?

BERLIN Die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Deutschland hat einen neuen Höchststand erreicht. Am Freitag meldeten die Gesundheitsämter dem Robert Koch-Institut 23.648 neue Infektionen binnen 24 Stunden. Der bisherige Spitzenwert war mit 23.542 Fällen vor einer Woche registriert worden. Hoffnung machten das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer. Sie teilten mit, dass sie noch am Freitag in den USA eine Notfallzulassung für ihren Impfstoff beantragen wollten. Ersten Impfungen in den USA könnten schon im Dezember erfolge. (dpa) **> Die Seite Drei**

Schulze will mehr Umweltschutz in der Gastronomie

BERLIN Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) will Gastronomen zu Mehrwegverpackungen verpflichten. Cafés und Restaurants, die Waren zum Mitnehmen anbieten, sollen laut geplanter Novelle des Verpackungsgesetzes ab 2022 wiederverwendbare Behälter als Alternative zu Einwegverpackungen aus Kunststoff anbieten müssen. „Diese Mentalität – einmal nutzen, ex und hopp – das muss jetzt mal aufhören“, sagte Schulze. Der Referentenentwurf ihres Ressorts liegt nun zur Anhörung bei Bundesländern und Verbänden. (afp) **> Wirtschaft**

Jülich darf nukleare Brennelemente exportieren

Verwaltungsgericht macht den Weg frei für den USA-Export von 33 Kugeln zu Testzwecken. Was bedeutet das für die Castoren?

VON RENÉ BENDEN

JÜLICH/FRANKFURT Weg frei für den Export von 33 nuklearen Brennelementen aus Jülich zu Testzwecken in die USA: Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat am Freitag geurteilt, dass die deutschen Aufsichtsbehörden der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) dafür die Genehmigung erteilen müssen. Damit kann die JEN die nächsten Schritte unternehmen, um die insgesamt 152 Castoren mit hochradioaktivem Müll, die derzeit in dem ungenehmigten Zwischenlager Jülich untergebracht sind, in die USA zu transportieren. Das Gericht stellte in seinem Urteil allerdings klar, dass damit noch keine Entscheidung darüber getroffen ist, ob auch der Export der Casto-

ren insgesamt in die USA rechtmäßig ist. Bei den nun freigegebenen 33 Brennelementen handelt es sich um unbestrahlte Elemente, die von ihrer Machart denen ähnlich sind, die in den Castoren lagern, aber deutlich weniger Radioaktivität ausstrahlen. Dennoch könnte das Urteil Auswirkungen auf den Umgang mit den Jülicher Castoren haben. Denn das Verwaltungsgericht setzt nun einen juristischen Hebel an ein Verfahren, das seit Jahren erstarrt ist. Auslöser des Urteils war ein Rechtsstreit der JEN mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Die JEN hatte die Behörde wegen Untätigkeit verklagt, weil es aus Sicht des Unternehmens auf den Antrag vom Mai 2018, 33 Brennelemente zu Testzwecken in die USA zu transportieren, aus politischen

Gründen nicht reagiert habe. Dieser Sichtweise schlossen sich die Richter nun an. Für Beobachter etwas überraschend wies das Gericht das Bundesamt nicht nur an, den Antrag zu bearbeiten, sondern den Export gleich zu genehmigen. Begründung: Es gebe keinen juristischen Grund, die Ausfuhr zu verweigern.

Hohe Hürden für Ausfuhr

Mit Interesse dürfte verfolgt werden, ob die JEN auch eine zweite Klage gegen das Bundesamt in einem viel brisanteren Verfahren anstrebt. Denn im Juni 2018 stellte das Unternehmen auch einen Antrag, die Castoren in das US-Zwischenlager Savannah River Site in South Carolina zu transportieren. Auch dieser Antrag ist bislang nicht abschließend

bearbeitet worden. Was nun vielleicht gerichtlich erzwungen wird. Viele Experten gehen davon aus, dass der Jülicher Atom Müll nicht in die USA exportiert werden darf. Das deutsche Endlagergesetz aus dem Jahr 2017 hat hohe Hürden für die Ausfuhr von stark strahlendem nuklearen Abfall gesetzt. Würde dies nun tatsächlich von einem Gericht mit Blick auf die Jülicher Castoren bestätigt, blieben als Perspektive für die Brennelemente nur noch der Verbleib in Jülich oder der Transport ins Zwischenlager Ahaus. Die derzeitige Lagerung der mehr als 288.000 abgebrannten Elemente eines experimentellen Reaktors ist nicht nur juristisch betrachtet bizarr. Denn schon seit 2013 gibt es keine Genehmigung mehr für das Zwischenlager in Jülich, weil es den

Sicherheitsstandards nicht mehr entsprechen kann. Im Jahr 2014 hat die Atomaufsicht gar die JEN dazu verpflichtet, das Lager unverzüglich zu räumen. Drei Möglichkeiten sind in dieser Anordnung festgelegt: der Transport nach Ahaus, der Transport in die USA oder der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich. Zwar werden seit mehr als sechs Jahre alle drei Optionen vorbereitet. Eine Genehmigung für eine der drei Möglichkeiten ist aber nicht in Sicht. Die JEN sowie alle beteiligten Ministerien und Ämter stehen in der Kritik, das Verfahren aufgrund seiner Brisanz gar nicht lösen zu wollen. Ohne ein Endlager sind alle drei Optionen mit großen Problemen verbunden. Ein Gerichtsurteil, das eine der Optionen kippt, könnte neuen Handlungsdruck erzeugen.

„BLACK FRIDAY“

Die etwas andere Schnäppchenjagd

Der „Black Friday“ hat sich zu einem der umsatzstärksten Verkaufstage im deutschen Einzelhandel entwickelt – weil viele Kunden echte Schnäppchen wittern. 2020 könnte das – wie so vieles – anders sein. Wegen der Corona-Krise und des Teil-Lockdowns wird erwartet, dass die Konsumbereitschaft vieler Kunden geringer sein wird.

Foto: imago, Montage: AN

Aufregung in deutschen Bistümern

In Aachen gibt es Ärger wegen einzelner Reaktionen auf Missbrauchsstudie. Bistümer Münster und Köln streiten um Veröffentlichung eines Gutachtens. Katholische Laien üben heftige Kritik.

AACHEN/KÖLN/MÜNSTER/BONN Der Umgang mit Missbrauchsfällen und die Art der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt wühlt die katholische Kirche in Deutschland erneut heftig auf. Während im Bistum Aachen eine intensive Debatte über das vor zehn Tagen von der Münchener Kanzlei Westpfahl, Spilker, Wastl (WSW) veröffentlichte Gutachten zu sexuellem Missbrauch geführt wird, werden die Auseinandersetzungen über das nicht veröffentlichte WSW-Gutachten im Erzbistum Köln immer heftiger. Dass die Münchener Anwaltskanzlei den Umgang des Bistums Aachen mit Fällen sexualisierter Gewalt analysiert hat, stößt in der hiesigen Diözese auf breite Zustimmung, während die Reaktionen der heutigen Bistumsspitze darauf – auch und gerade aus der Priesterschaft – zum Teil massiv kritisiert werden. Das betrifft insbesondere eine als diskriminierend empfundene ganzseitige Zeitungsanzeige vom Montag (wir berichteten), öffentliche Äußerungen von Bischof Helmut Dieser und Generalvikar Andreas Frick über Altbischof Heinrich Mussinghoff und das mittlere

weile als verbindlich geregelte Verfahren, dass beschuldigte Priester in Verdachtsfällen sofort beurlaubt werden, was weitgehend als Vorverurteilung abgelehnt wird. Im Interview mit unserer Zeitung (Seite 6) spricht Bischof Dieser über das Gutachten, seine Reaktionen darauf und fällige Konsequenzen. Gegen den Willen des Bistums Münster will das Erzbistum Köln auch ein gemeinsam beauftragtes WSW-Sondergutachten zu einem Missbrauchsfall nicht veröffentlichen; dabei geht es um einen zwei Mal wegen sexueller Gewalt gegen Kinder verurteilten Geistlichen. Das federführende Erzbistum Köln verweist auf seinen Auftrag an einen neuen Gutachter. Das Bistum Münster wünscht dagegen eine Veröffentlichung des WSW-Gutachtens über A., der trotz der Verurteilungen in den drei Bistümern Köln, Münster und Essen tätig

war. Das WSW-Hauptgutachten für das Kölner Erzbistum will Kardinal Rainer Maria Woelki wegen angeblicher methodischer Mängel nicht bekannt machen, wofür der Erzbischof von vielen Seiten heftig kritisiert wird. Auch der Hamburger Erzbischof Stefan Heße, früherer Personalchef im Erzbistum Köln, gerät zunehmend in die Defensive: Er lässt wegen Vertuschungsvorwürfen sein Amt als „Geistlicher Assistent“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ruhen und kündigte an, nach dem Vorliegen eines neuen Gutachtens solle die Bischofskongregation in Rom mögliche Folgen für sein Amt als Erzbischof in Hamburg prüfen. Das ZdK forderte am Freitag die Veröffentlichung des seit Monaten unter Verschluss gehaltenen Gutachtens. „Aktuell sind wir Zeuginnen und Zeu-

gen intransparenter Vorgänge im Erzbistum Köln“, erklärte die ZdK-Vollversammlung. Sie fordert, diese vollständig offenzulegen und das WSW-Gutachten zugänglich zu machen. „Wenn die Presseberichte zutreffen, nach denen der Betroffenenbeirat im Erzbistum Köln instrumentalisiert wurde für die Akzeptanz einer veränderten Strategie, dann ist das ein sehr schwerwiegender Skandal“, sagt ZdK-Präsident Thomas Sternberg. Die ehemaligen Sprecher des Kölner Betroffenenbeirats hatten erklärt, sie hätten ihre Zustimmung zu dem Vorgehen unter Druck gegeben. Angesichts solcher Vorgänge, so Sternberg, frage man sich: „Haben die Verantwortlichen wirklich verstanden, was sexueller und auch geistlicher Missbrauch bedeuten?“ Die Laien übten diese Kritik nicht selbstgerecht, fügte der ZdK-Präsident hinzu: „Auch Kirchenvorstände und Pfarrgemeinderäte wussten oft von den Vergehen und haben das Verfahren gestützt.“ (pep/kna/epd) **> Spezial**



Auf anderem Kurs als Kardinal Woelki: Aachens Bischof Helmut Dieser. FOTO: ANDREAS STEINDL

ALDENHOVEN

Dankbarkeit, trotz der tiefen Narben

Er darf wieder predigen, beerdigen und Menschen trauen, er darf wieder reden. „Man geht da nicht ganz unbeschadet raus“, sagt Charlie Cervigne, Evangelischer Pfarrer von Aldenhoven, der etwas mehr als 15 Monate lang von seinem Dienst beurlaubt war, der genauso lange gegen Gerüchte ankämpfen musste und im laufenden Verfahren zum Schweigen verurteilt war. Jetzt redet er über diese Zeit und ist dankbar für den Rückhalt, den er in seiner Gemeinde erfahren hat. **> Lokales**

KURZ NOTIERT

AfD nach Störungen im Bundestag unter Druck

BERLIN Nach der Belästigung von Politikern im Bundestag durch Besucher haben sich die anderen Fraktionen geschlossen gegen die AfD gestellt. In einer aktuellen Stunde brandmarkten Union, SPD, FDP, Grüne und Linke die Rechtspopulisten als „Demokratiefeinde“. Drei Abgeordnete der AfD hatten die Störer am Mittwoch eingeladen. Fraktionschef Alexander Gauland nannte das Verhalten der Besucher zwar „unzivilisiert“ und entschuldigte sich. Dies werteten die anderen Fraktionen aber als „Heuchelei“. Die Vorfälle seien nicht plötzlich passiert, sondern „der Tiefpunkt einer dauerhaften Strategie der AfD“, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer. (dpa) **> Blickpunkt**

DER, DIE, DAS

Rudy hat die Haare schön...

Und plötzlich tropfte es: Ein bizarres Detail aus einer Pressekonferenz mit **Rudy Giuliani** (76, Foto: dpa) sorgt für Gesprächsstoff. Während der langjährige Anwalt von US-Präsident Donald Trump im Scheinwerferlicht der Kameras auf Fragen von Journalisten weitere Attacken gegen den Ausgang der Präsidentenwahl lieferte, lief dunkle Farbe seine Schläfen hinunter. Wiederholt tupfte sich Giuliani den Schweiß vom Gesicht – doch die Rinnsale liefen minutenlang weiter die Wangen entlang. US-Medien und Menschen im Internet spekulierten nach dem Auftritt über Haarfärbemittel. Und Meena Harris, Nichte der gewählten Vize-Präsidentin Kamala Harris, twitterte: „Bei Giuliani sickern Öl und das Böse raus.“ **> Politik**



KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr



www.aachener-nachrichten.de/kontakt



4 194122 902000 6 0047